

glieder dürfen aus dem Umkreise der Reichsministerien zu entnehmen sein. Den Vorsitz führt der Reichsfinanzminister.

Der zweite Teil der Rundgebung enthält die Maßnahmen, die zur Lösung des Gesamtproblems in Aussicht stehen, vor allem den tröstlichen Schlusspassus, daß man wenigstens über die Vereinfachung der Reichsverwaltung demnächst Vorschläge im Reichsrat, freilich nur für den engen Bezirk der Reichsverwaltungsgerichtsbarkeit hören wird.

Das ist also das vorläufige Ergebnis der Beratungen über ein Problem, das die deutsche Öffentlichkeit seit Monaten, ja seit Jahren, die deutsche Völkervereinigung drei Tage lang beschäftigt hat. Von der Agitation der Unken, die mit ihrer Einheitsstaat-Propaganda nicht eigentlich staatspolitische, sondern parteipolitische Ziele zur Vorbereitung der kommenden Wahlen verfolgt hatte, ist nicht viel übrig geblieben.

Keine Aussichten für den Einheitsstaat.

München, 18. Jan. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zu der Berliner Völkervereinigung, diese sei alles andere gewesen als ein Propagandaanschlag für die Unitarier. Als Ergebnis der kürzlichen Aussprache sieht sie vielmehr fest, daß die Einheitsstaatsidee nach seiner Seite hin reiß zur Wirklichkeit sei, und daß die Aussichten eines zukünftigen Einheitsstaates unendlich viel geringer seien, als es die Propaganda der Unitarier wahrnehmen wollte.

Reichsgründungsfeier der Volkspartei.

Berlin, 18. Jan. Heute abend fand unter außerordentlich harter Beteiligung die traditionelle Reichsgründungsfeier der Deutschen Volkspartei statt, an der auch zahlreiche führende Persönlichkeiten der Wirtschaft, der Wissenschaft und Kunst teilnahmen. Die Rede hielt für den durch Krankheit verhinderten Reichsminister des Inneren Dr. Stresemann der Senior der Partei, Geh. Rat Kahl.

Seit Jahren sucht die deutsche Volkspartei nach einem nationalen Feiertag. Einen besseren als den 18. Januar kann man nicht finden. In keinem wird dem deutschen Volke der ganze unendliche Reichtum seiner tausendjährigen Geschichte so groß, so schlicht und so plastisch vor Augen gestellt.

Die Erhaltung der Reichsgründungsfeier. Dies muß bei der Neugestaltung des Verhältnisses von Reich und Ländern immer der oberste Mittelpunkt sein. Jede Einzelfrage, ob wirtschaftlich, ob kulturell, jedes politische Problem, muß unter den höchsten Maßstab der Reichserhaltung gestellt werden: „Nimmer wird das Reich zerfallen, wenn ihr einig seid und treu.“ Ein Hoch auf Vaterland und Reich und der Gesang des Deutschland-Liedes schloß die offizielle Feier.

Die tschechische Demarche in Genf erfolgt.

Kollektivschritt der Kleinen Entente zwecks Verbeugung eines Investitionsverfahrens gegen Ungarn. Genf, 18. Jan. Wie wir erfahren, hat die Ständige Delegation der Tschecho-Slowakei beim Völkerbund telegraphisch von der Prager Regierung die Instruktion erhalten, beim Generalsekretariat des Völkerbundes offiziell eine Untersuchung des ungarischen Waffenexportes bei der Station St. Gotthard zu beantragen.

Kämpfendes Deutschland.

Völlige Verwelschung Südtirols.

Bozen, 18. Januar. Das k. u. k. Schulamt in Trient, dem das Schulwesen von Südtirol untersteht, hat den Ordinariaten von Trient und Bozen den Regierungsbeschluss mitgeteilt, wonach in Zukunft in sämtlichen Volksschulen des deutschen Sprachgebietes in Südtirol der Religionsunterricht ausschließlich in italienischer Sprache erteilt werden muß.

Ottanische „Befreiungsfeiern“ in Memel.

Memel, 17. Jan. Am vergangenen Sonntag fanden im ganzen Memelgebiet anlässlich der fünfzigjährigen Wiederkehr des Tages der Befreiung des Memelgebietes durch Litauen zahlreiche litauische Feiern statt. Die Mehrheit der Bevölkerung stand, wie auch in den Vorjahren, diesen Feiern natürlich völlig fern, da man es im Memelgebiet ablehnt, einen Tag festlich zu begehen, der dem Gebiet nur Demütigungen, Rechtsverletzungen und Wirtschaftskrisen gebracht hat.

Lambert scheidet aus der Saar-Regierung.

Genf, 18. Januar. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat ein Schreiben des belgischen Mitgliedes der Saarregierung, Lambert, erhalten, worin dieser seinen Rücktritt zum 31. März d. J. mitteilt. In dem Schreiben weist Lam-

bert darauf hin, daß er seit der Bildung der Saarregierung im Februar 1920 deren Mitglied sei. Er schätze das Vertrauen, das ihm nunmehr 8 Jahre auf seinem Posten befallen habe. Aus rein persönlichen Gründen habe er jedoch die Verlängerung seines am 31. März ablaufenden Mandates nicht mehr für wünschenswert. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat das Rücktrittschreiben Lamberts sofort sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundes zur Kenntnis gebracht.

Ein französisches Anti-Autonomistengesetz.

Paris, 18. Jan. Die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die klassische Autonomiebewegung führten sich bekanntlich bisher auf ein französisches Gesetz vom Juli 1891, das die Bestrafung von Verreibungen vorsieht, die gegen die territoriale Unverletzlichkeit des Landes gerichtet sind.

Paris, 18. Jan. Die drei Autonomieführer Dr. Roffe, Pastor Dreyer und der frühere Bankier Pinck, die sich zurzeit in Basel aufhalten, haben von dort aus ein Manifest an das französische Volk gerichtet, in dem lebhafter Protest gegen die französische Gewaltpolitik in Elsass-Vosgien erhoben wird. Die Weltmeinung wird zum schärfsten Eindruck gegen die Verhaftung von Freunden der Autonomiebewegung aufgerufen.

Waffenfund in Innsbruck?

Innsbruck, 18. Januar. In der Devotionalienhandlung und Rosenkranzfabrik des der Tiroler Volkspartei angehörenden Abgeordneten und Wäzburgermeisters von Innsbruck soll auf Grund einer Anzeige beim Stadtpolizeiamte eine Hausdurchsuchung vorgenommen sein, bei der angeblich ein Dutzend Rifen mit Waffen für die Tiroler Heimatwehr gefunden wurden. Die gefundenen Waffen wurden auf Anordnung der Landesregierung beschlagnahmt.

Der unmögliche Dawes-Plan.

Der Export-Uberschuß nicht aufzubringen.

Genève, 18. Jan. Auf der Jahresversammlung der Aktionäre der International Acceptance Bank berührte der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Paul W. Warburg, in seiner Rede auch das Reparationsproblem. Unter Hinweis auf den letzten Bericht Parker Gilberts, der die Festlegung der Gesamtsummen Deutschlands antrat, erklärte Warburg: Die Bedeutung dieser Neuerung könne nicht überschätzt werden. Es sei zu hoffen, daß der Zeitpunkt nicht fern sei, wo ein neuer Sachverständigenplan ausgearbeitet und als endgültige Lösung angenommen werde.

Was Frankreich für sich fordert.

Paris, 18. Jan. Ueber den gestrigen Empfang Parker Gilberts am Quai d'Orsay berichtet der „Excelsior“, daß der Reparationsagent dem französischen Außenminister von der gegenwärtigen amerikanischen Meinung über das Reparations- und Kriegsschuldenproblem in Kenntnis gesetzt habe. Im Zusammenhang damit stellt das Blatt als ständige These der französischen Regierung fest: Keine Verringerung der durch das Statut von London festgelegten deutschen Reparationshöhe ohne entsprechende Verringerung der interalliierten Schulden und ohne einen genügenden Rest für den Schuldendienst der inneren Anleihen, die den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ermöglichen sollen.

Gilbert sagt Briand die Meinung.

Keine Verquickung der Schulden- und Reparationsfrage. Berlin, 18. Jan. Der „New York Herald“ meldet aus Paris: Parker Gilbert habe als „privater amerikanischer Bürger“ in einer langen Unterredung mit Briand jede Hoffnung Frankreichs, daß die Reparations- und die Kriegsschuldenfrage gleichzeitig be-

handelt werden könnten, gestrichelt. Gilbert werde den gleichen Standpunkt auch gegenüber Poincaré betonen. Er habe erklärt, daß die „geschicklichste“ Regelung der Reparationsfrage innerhalb der nächsten zwei oder drei Jahre, wahrscheinlich noch vor Ablauf des zweiten Jahres der deutschen Hochleistungen vorbereitet werden müsse. Das die Schuldenfrage betreffe, so sei es für Frankreich zunächst das Beste, zu bezahlen und jede Möglichkeit auf Zahlungserleichterung der Zukunft zu überlassen. Frankreich müsse zunächst einmal guten Willen zeigen und seinen Verpflichtungen gegenüber Amerika so weit wie nur irgend möglich nachkommen.

Um die einjährige Dienstzeit in Frankreich.

Paris, 18. Jan. Ministerpräsident Poincaré erschien heute nachmittag in Begleitung des Kriegsministers Painlevé in der Heereskommission der Kammer, um diese zu einem Kompromiß in der Frage der gesetzlichen Verkürzung des Terms für die Einführung der einjährigen Militärdienstzeit zu bewegen. Die Kommission, die sich bisher zum Kriegsminister in scharfem Gegensatz befand, weil dieser eine Verkürzung des Terms ablehnte, stimmte schließlich dem von Poincaré angeregten Wortlaut des „französischen Gesetzesentwurfes“ mit 17 zu 4 Stimmen zu. Die einjährige Militärdienstzeit wird also gesetzlich für den 30. November 1920 festgelegt, aber es soll zu deren praktischer Durchführung nur unter der Voraussetzung geschehen, daß die hierfür als notwendig erkannten Bedingungen erfüllt sind.

Paris, 18. Januar. Zu Beginn der gestrigen Nachmittagsitzung der Kammer stellte bei Weiterberatung des Refrutterungsgesetzes der sozialistische Abgeordnete Renaudin den Antrag, daß es dem Parlament überlassen bleiben möge, anlässlich der Budgetberatung darüber zu beschließen, ob eine Einberufung der Reservisten alljährlich geboten sei. Gegen diesen Antrag wandte sich Kriegsminister Painlevé, der betonte, daß ohne Reservistenübungen die Sicherheit nicht gewährleistet werden könne. Er stellte gegen die Annahme des Antrages die Vertrauensfrage. Der Antrag wurde mit 155 gegen 150 Stimmen abgelehnt.

Ein Versuch von sozialistischer und kommunistischer Seite, die Zeit für die Reservistenübungen auf fünfmal 12 Tage für die ersten 21 Jahre der Reservezeit herabzubringen, hat auf jeweils 21, wurde gleichfalls abgelehnt. Hierbei betonte Poincaré die Notwendigkeit längerer Reservistenübungen. Der Standpunkt der Sozialisten, daß dem Parlament die Entscheidung über das Stattfinden von Reservistenübungen vorbehalten bleiben müsse, um den Generalsstab kontrollieren zu können, drang natürlich auch nicht durch.

Das englische Sicherheitsmemorandum.

London, 18. Jan. Heute wurde ein Memorandum von beinahe 10000 Worten veröffentlicht, das die Bemerkungen der englischen Regierung zu dem vorgeschlagenen Programm für die Arbeiten des Wiener Sicherheitsausschusses enthält. Das Memorandum, das einen stark technischen Charakter trägt, besteht aus einer Reihe von Fragen und Antworten, die Bezug haben auf das Studium von Vorfällen, die dem Völkerbund die Möglichkeit geben, Einzelverträge oder Allgemeinverträge über Schiedswesen und Sicherheit zu fördern, zu verallgemeinern oder zu koordinieren. Weiterhin wird in der Denkschrift die systematische Vorbereitung der Mittel und Wege behandelt, die angewendet werden sollen, um den Mitgliedern des Völkerbundes die Möglichkeit zu geben, ihre auf Grund der Völkerbundsatzung eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Ein Deutscher als Spion in England verurteilt.

London, 18. Jan. In dem Espionageprozess gegen Georg Hansen und Mac Carinen wurde heute das Urteil gesprochen. Beide Angeklagten wurden zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, von denen zwei Jahre als Zwangsarbeit zu verbüßen sind. Die Rede des Generalsekretärs legte dar, daß die Zeugenernehmung dieses Prozesses eine gefährliche, gegen

Großbritanniens Sicherheit gerichtete Organisation aufgedeckt habe. Leider seien mit den Angeklagten nur zwei Mitglieder dieser Organisation gefasst worden. Von den anderen, vor allem von dem oft genannten Dr. Odenbach, wisse man noch nichts. Die Anklagebehörde nehme jedoch an, daß Odenbach nur einen Decknamen für einen deutschen Versuchswörter darstelle. Die Verteidiger wiesen darauf hin, daß die Angaben des Hauptbelastungszeugen Runland nur Phantasien seien.

König Alfons will sich scheiden lassen?

Der Wunsch nach einem gesunden Thronerben. Paris, 18. Januar. Ein Pariser Mittagblatt bringt das Gerücht, der König von Spanien wolle sich scheiden lassen. In der Uebersetzung, daß seine Ehe, von denen der eine taubstumm und der andere von Demophtose befallen ist, zur Regierung unfähig seien, denke Alfons XIII. daran, sich mit einer Prinzessin zu verheiraten, von der er einen Thronerben erwarten könne, der seines Namens würdig sei. Im Vatikan seien Verhandlungen zwecks Ungültigkeitserklärung der bisherigen Ehe bereits im Gange und spreche bereits von der zweiten Tochter des Herzogs Guise als zukünftiger Königin von Spanien. Diese Prinzessin habe Alfons XIII. bei der Verheiratung der Anna von Guise mit dem Sohn des Herzogs von Apulien kennengelernt. — Das Blatt, dem die Verantwortung für diese Meldung überlassen bleiben muß, schickt ein Dementi der spanischen Botschaft voraus, erklärt aber schon jetzt, seine Information voll und ganz anrecht erhalten zu können.

Paris, 18. Januar. Der neue russische Botschafter, Dowgalewski, ist gestern in Paris eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von Vertretern der französischen Regierung begrüßt.